

Juli 2021

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf



Genfer Großwetterlage

**Entwicklungen in den Genfer Internationalen Organisationen
Mai 2021 bis Mitte Juli 2021**

Olaf Wientzek, Sarah Ultes, Katarzyna Gorgol-Mäder, Rosa Seidler

Die „Genfer Großwetterlage“ wirft in unregelmäßigen Abständen einen Blick auf ausgewählte Entwicklungen der in Genf ansässigen internationalen Organisationen.

Unverändert dominieren die Fragen der Impfstoffverteilung und die Suche nach Antworten auf gesundheitliche, wirtschaftliche, soziale, menschenrechtliche und humanitäre Folgen der Pandemie die Genfer Agenda. Bei der Diskussion über eine mögliche Aussetzung des Patentschutzes für Impfstoffe und Medikamente im Kampf gegen COVID-19 ("TRIPS-Waiver) gibt es zwischen Befürwortern und Gegnern kaum Aussicht auf Einigung. Entsprechend bemüht man sich in WHO und WTO um pragmatischere Schritte, um eine gerechtere Impfstoffversorgung zu gewährleisten. Trotz der zupackenden und dynamischen Herangehensweise der neuen Generaldirektorin lassen sich in der WTO Fortschritte nur nach zähem Ringen erzielen, wie die Verhandlungen über einen Abbau von Fischereisubventionen zeigen. Im UN-Menschenrechtsrat standen u.a. der Kampf gegen strukturellen Rassismus und die Situation in Tigray auf der Agenda. Kontroverse Diskussionen über viele Texte führten zur Verlängerung der Sitzung um einen vollen Tag.

WHO – Deutscher Ministerbesuch mit Signalwirkung

Bei der Sitzung der Weltgesundheitsversammlung Ende Mai¹, wurden die möglichen Lehren aus der Pandemie für die globale Gesundheitskooperation diskutiert. Als zentrales Thema wurde die Er-

arbeitung einer möglichen neuen Rahmenkonvention ("Pandemievertrag") erörtert. Aufgrund von Divergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten beschloss die WHA, auf einer Sondersitzung am 29. November bis 1. Dezember Mehrwert und mögliche Inhalte eines solchen Vertrags zu prüfen. Am 15./16. Juli fanden dazu Gespräche auf Expertenebene in Genf statt. Die Befürworter eines Pandemievertrags, insbesondere Deutschland, sind der Überzeugung, dass nach den Erfahrungen mit COVID-19 das bisherige Instrumentarium einer Ergänzung bedarf. Es brauche verbindlichere Regeln und konkrete Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten, wie auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bei seinem Besuch in Genf am 15. Juli deutlich machte².

Dauerthema bei der WHO ist die Frage nach einer gerechteren Verteilung von Impfstoffen — durch die massive Zunahme von Fällen in Afrika in den letzten Wochen hat die Problematik noch zusätzliche Dringlichkeit erhalten; u.a. die Spitzen von WHO und WTO, Experten und zahlreiche Vertreter von Mitgliedsstaaten warnten, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen und das Risiko weiterer Virusmutationen zunehme. Bei seinem Treffen mit WHO-Generaldirektor Tedros unterzeichnete Jens Spahn einen Vertrag, nach dem Deutschland, zusätzlich zu den bisher gespendeten 2,2 Milliarden, weitere 260 Millionen Euro für den ACT-Accelerator, dem wichtigsten Instrument im

¹ Einen ausführlichen Bericht zur WHA gibt es [hier](#).

² Die Veranstaltung mit dem Minister können Sie [hier](#) nachschauen, ein ausführlicher Bericht findet sich [hier](#).

Kampf gegen COVID-19, bereitstellen wird³. Darüber hinaus kündigte Spahn die Bereitstellung von 30 Millionen Impfstoffdosen an, von denen 80% über den COVAX-Mechanismus verteilt würden. Damit setzte Deutschland ein wichtiges Unterstützungssignal für multilaterale Initiativen zur Bekämpfung der Pandemie und hofft, damit auch andere Staaten zu einer Erhöhung ihres Beitrags zu bewegen. In den vergangenen Wochen war Kritik am COVAX-Mechanismus zu vernehmen, u.a. wegen fehlender Transparenz über die Kriterien, nach denen die Impfdosen verteilt werden. Nach wie vor hinkt der Mechanismus seinen (recht ehrgeizigen) Zielmarken hinterher, was Experten auch als Folge der zahlreichen (lukrativeren) bilateralen Vereinbarungen von Mitgliedstaaten sehen. Immerhin mehren sich nun die Meldungen von Finanzspritzen oder Impfdosenspenden durch weitere Länder für den Mechanismus

Anlässlich des Besuchs kam auch die hochumstrittene Frage nach dem Ursprung des Virus auf die Agenda. Am 15. Juli machte Dr. Tedros deutlich, dass China nicht alle Daten im Nachgang zur ersten Mission nach Wuhan geliefert hat. Die WHO plant daher weitere Untersuchungen in Wuhan und will die Hypothese eines Laborunfalls nach wie vor nicht ausschließen. Auch Minister Spahn hatte bei seinem Besuch bei der WHO mehrfach deutlich gemacht, dass Deutschland mehr Kooperation von China erwarte. China reagierte alarmiert auf diese Ankündigung und lehnte eine weitere Mission ab. Die Vertretung in Genf veröffentlichte eine von 47 anderen Ländern unterstützte Erklärung, welche die angebliche Politisierung der Suche nach dem Ursprung des Virus beklagt⁴. Unterstützt wird Chinas Position u.a. von den "üblichen Verdächtigen" (Russland, Belarus, Sri Lanka, Pakistan, Kuba, Venezuela, Kamerun, etc.).

WTO – Erste Ernüchterungen für die neue Leitung

Der weltweite Zugang zu Impfstoffen ist nicht nur in der WHO, aber auch in der WTO in diesen Monaten ein Dauerthema.

Kein Konsens beim TRIPS-Waiver

Dabei stand vor allem die Aussetzung des Patentschutzes für Impfstoffe und Medikamente gegen COVID-19, der so genannte "TRIPS-Waiver" im Vordergrund. Im Oktober 2020 hatten Indien und Südafrika einen sehr weitreichenden Vorschlag für einen Waiver eingebracht, dem sich über 60 Länder offiziell angeschlossen hatten. Zur Überraschung vieler Beobachter änderten die USA Anfang Mai ihre ursprüngliche ablehnende Position und sprachen sich für eine textbasierte Diskussion über den Vorschlag aus. Die Nachricht schlug im internationalen Genf ein wie eine Bombe und erhöhte nochmals den Druck auf die Gegner eines Waivers, darunter die EU, das Vereinigte Königreich, die Schweiz, Japan oder auch Australien ihre ablehnende Haltung aufzugeben. Diese Länder zweifeln jedoch nach wie vor daran, dass ein Waiver die dringend benötigten Impfdosen liefern würde. Wiederholt wird darauf verwiesen, dass es vor allem an geeigneten Produktionskapazitäten fehle und Exportbeschränkungen, bürokratische Hürden und die damit verbundenen Unterbrechungen von Lieferketten ein viel größeres Hindernis darstellen würden. Zudem sei die freiwillige Lizenzierung (u.a. AstraZeneca, Johnson & Johnson) bereits wiederholt erfolgt und auch Gespräche über Stärkung lokaler Produktionskapazitäten zeigten erste Ergebnisse.⁵ Zahlreiche Fragen spalten die Mitglieder: Während Indien und Südafrika auch in ihrem im Mai 2021 überarbeiteten Vorschlag für eine weit gefasste Ausnahmeregelung für "Gesundheitsprodukte und Technologien zur Prävention, Behandlung und Eindämmung von COVID-19" plädieren, möchten die USA sie nur auf Impfstoffe beschränken. Auch die Dauer einer möglichen Ausnahmeregelung ist Gegenstand der Diskussion; Kritiker werfen dem Vorschlag Südafrikas und Indiens vor, dass er de facto für eine Aufhebung der Patentrechte für einen unbegrenzten Zeitraum sorgen würde und sehen den kaum ver-

³ <https://www.who.int/news/item/16-07-2021-germany-reinforces-its-commitment-to-support-who-s-work>

⁴ Mehr Informationen [hier](#) und [hier](#).

⁵ Am 21. Juli verkündete Pfizer/BionTech einen Deal mit der in Kapstadt ansässigen Firma Biovac, der ab 2022 die Produktion von jährlich 100 Millionen Dosen für Länder der AU bestimmte Impfdosen vorsieht.

änderten Vorschlag nicht als angemessene Verhandlungsgrundlage an⁶. Auch dies hat dazu beigetragen, dass inzwischen ein Alternativvorschlag der EU im TRIPS-Rat diskutiert wird, der sich auf die Nutzung bestehender Mechanismen innerhalb des TRIPS-Abkommens konzentriert, die eine freiwillige Lizenzierung von Produkten/Behandlungen erleichtern würden, anstatt den Patentschutz komplett aufzuheben. Dieser "pragmatische" Ansatz findet durchaus auch bei anderen Ländern, wie den USA, Norwegen, dem Vereinigten Königreich, Mexiko, Chile und Singapur Resonanz. Insgesamt liegen die Positionen bei fundamentalen Fragen (praktische Umsetzung, Ausdehnung auf Handelsgeheimnisse) weiterhin meilenweit auseinander. Bei einer Sitzung des TRIPS-Rats am 20. Juli baten die Verhandlungspartner daher um mehr Zeit — das heißt über die Sitzung des Allgemeinen Rats der WTO am 28./29. Juli hinaus, bei der das Thema eigentlich auf der Tagesordnung hätte stehen sollen. Angesichts dieses Patts gehen im WTO-Rahmen auch die Diskussionen über alternative pragmatische Lösungen weiter: Im Vorfeld eines Treffens zwischen den Chefs von WHO und WTO am 21. Juli publizierte letztere eine Liste⁷ von Hemmnissen und Engpässen (u.a. auch bürokratischer und regulatorischer Natur), die die Impfstoffproduktion und -verteilung gefährden würden.

(Etwas) Bewegung bei den Diskussionen zum Abbau von Fischereisubventionen

Immerhin scheint (endlich) eine gewisse Dynamik in die seit Jahren andauernden Fischereigespräche gekommen zu sein. Die Verhandlungen zielen darauf ab, Subventionen für illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei abzuschaffen und Subventionen zu verbieten, die zu Überkapazitäten und daraus resultierender Überfischung beitragen. Eigentlich sollten diese Gespräche bereits 2020 abgeschlossen sein, doch bei Kernfragen lagen die Positionen zu weit auseinander. Dabei ist nicht zuletzt aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten (drohende Überfischung der Weltmeere) eine Einigung mehr als dringlich, Forschungsergebnisse zeigen, dass ein weitreichendes Verbot aller schädlichen Fischereisubventionen bis 2050 zu einem Anstieg der Fischbiomasse von 12,5% führen könnte. Zudem gilt es für die WTO, nach langem

Stillstand endlich wieder einen Verhandlungserfolg zu verbuchen. Die neue Generaldirektorin, Ngozi Okonjo-Iweala, hatte daher den Abschluss des Fischereiabkommens — das noch als vergleichsweise aussichtsreiches Dossier gilt — zur Chefsache gemacht und für den 15. Juli ein virtuelles Ministertreffen einberufen. Im Vorfeld des Treffens brachte der kolumbianische Botschafter Santiago Wills, der die Gespräche leitet, einen neuen Textentwurf in Umlauf. Hatte Okonjo-Iweala ursprünglich noch gehofft, eine Einigung zu erzielen, musste sie die Erwartungen vor dem Treffen spürbar zügeln: Letztlich wertete sie es als Erfolg, dass man sich erstmals in 20 Jahren auf eine gemeinsame textliche Grundlage geeinigt habe. Allerdings gibt es in diesem Dokument über 80 (!) noch zu klärende Passagen. Entsprechend äußerten sich Ländervertreter zurückhaltender. Botschafter Wills sprach von nun vorliegenden "Zutaten für einen erfolgreichen Abschluss". Die USA machten deutlich, dass aus ihrer Sicht wesentliche Elemente noch fehlen. Besonders umstritten ist die Frage, inwieweit Entwicklungsländer von Ausnahmeregelungen durch die "differenzierte Sonderbehandlung" profitieren sollen. Die USA und die EU wollen ein möglichst weitreichendes Abkommen, Indien lehnt ein solches mit Blick auf seine Bemühungen zum Aufbau einer eigenen Fischereiindustrie ab. China hat Kompromissbereitschaft angedeutet, ist aber gegen eine Erwähnung des Problems von Zwangsarbeit im Text. Beobachter werten es als gutes Zeichen, dass die Mitgliedstaaten gleichermaßen unzufrieden mit dem aktuellen Entwurf zu sein scheinen. Die Chancen auf einen erfolgreichen Ausgang der Gespräche bis zur Ministerkonferenz Ende November sind gestiegen. Sicher ist dies jedoch nicht.

Menschenrechtsrat

Sondersitzung zum Israel-Gaza-Konflikt schafft erneut Untersuchungskommission

Angesichts der stärksten Eskalation von Feindseligkeiten zwischen Israel und Gaza seit 2014 trat der UN-Menschenrechtsrat auf Bitten von Pakistan und Palästina und unterstützt von insgesamt

⁶ Eine ausführliche Analyse findet sich [hier](#).

⁷ Die Liste findet sich [hier](#).

69 Staaten⁸ am 27. Mai zu seiner 30. Sondersitzung zusammen. Beschlossen wurde die Einrichtung einer neuen unabhängigen internationalen Untersuchungskommission, welche in den besetzten Gebieten, einschließlich Ostjerusalem sowie innerhalb Israels, alle mutmaßlichen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und internationale Menschenrechtsnormen im Vorfeld und seit dem 13. April sowie die darunter liegenden Ursachen untersuchen soll⁹. Sie passierte mit 24 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen¹⁰. Kritisiert wurden von den Gegnern u.a. die fehlende Erwähnung der Hamas und das ungewöhnlich weite und zeitlich unbegrenzte Mandat, welches auch unter ähnlichen Mechanismen ungewöhnlich ist.

15-jähriges Jubiläum in Zeiten schwerer Rückschritte für Menschenrechte

Mit der diesjährigen Junisitzung beging der Rat sein 15-jähriges Bestehen. Kaum ein Grund zu feiern angesichts der laut Hochkommissarin Michelle Bachelet "weitreichendsten Rückschritte für Menschenrechte zu unseren Lebzeiten", nicht zuletzt aufgrund der COVID-19-Pandemie. Mit Blick auf die Zukunft warb Bachelet für die vom UN-Generalsekretär eingebrachte Idee eines neuen Gesellschaftsvertrags, gestützt durch einen neuen globalen Pakt¹¹. Eine Präsidialerklärung, welche Staaten anhält, bei der Implementierung von Corona-Maßnahmen ihre Verpflichtungen im Menschenrechtsbereich zu achten, erzielte keinen Konsens — Russland entzog seine Unterstützung. Dafür verpflichteten sich 49 Länder, selbst Menschenrechte ins Zentrum ihrer Wiederaufbau-bemühungen zu stellen¹².

Gut ein Jahr nach der Ermordung von George Floyd und der darauffolgenden Sondersitzung des

Rates, stand die diesjährige Junisitzung v.a. im Zeichen des Berichts der Hochkommissarin zu strukturellem Rassismus. In einer Konsensresolution wurde eine Untersuchungsmission eingerichtet¹³. Selbstkritisch begrüßten die USA diesen Schritt und sprachen auch allen Sonderverfahren¹⁴ eine dauerhafte Einladung aus. Gleichwohl erinnerten sie gemeinsam mit zahlreichen europäischen Staaten, dass das Thema einer systematischen Antwort aller Nationen bedürfe. Auch die Situation in der äthiopischen Region Tigray¹⁵ stand im Fokus. Der von der EU eingebrachte Text erhielt massiven Gegenwind. Alle afrikanischen Staaten stimmten dagegen oder enthielten sich, dennoch wurde er letztlich angenommen. Zudem wurden weitere Resolutionen zu Belarus, Syrien, Myanmar und Eritrea verabschiedet.

Insgesamt waren die Debatten spürbar konfrontativer. So zeichnet sich möglicherweise bei Resolutionen ein neuer Trend ab: auch vormals konsensuale Texte wurden nun zur Abstimmung gestellt. Vor allem Chinas Kritik an einem menschenrechtsbasierten Ansatz im Umgang mit dem Internet deutet bereits jetzt auf künftige Konflikte hin. Einige Resolutionen wurden zudem mit zahlreichen Änderungsanträgen torpediert — insgesamt 51, so vielen wie noch nie. Dadurch tagte der Rat einen vollen Tag länger, lehnte jedoch letztlich alle Anträge ab. Auch eine Vielzahl kritischer Stellungnahmen wurde verlesen. So kritisierte Kanada im Namen von 44 weiteren Staaten die Menschenrechtslage in Xinjiang, Tibet und Hongkong und forderte einen ungehinderten Zugang für unabhängige Untersuchungen und die Hochkommissarin (die Verhandlungen hierzu dauern bereits seit einem Jahr an). Dies provozierte Gegenreaktionen: so lobte Belarus im Namen von 67 weiteren Staaten die Politik Pekings und China kritisierte Kanada im Namen weiterer Staaten für den Umgang mit seiner indigenen Bevölkerung und forderte

⁸ 22 Ratsmitglieder, u.a. die Niederlande stützten die Initiative sowie Irland, Belgien und Luxemburg als europäische Staaten mit Beobachterstatus.

⁹ Die Resolution A/HRC/RES/S-30/1, die Abstimmung sowie weitere Hintergründe finden Sie [hier](#).

¹⁰ Deutschland, Österreich und Bulgarien votierten dagegen; Dänemark, Frankreich, Italien, Polen und auch die Niederlande enthielten sich.

¹¹ Mehr Informationen zum Gesellschaftsvertrag finden Sie [hier](#) und zum globalen Pakt [hier](#).

¹² Die Unterzeichner des sog. "Sustainable Recovery Pledge" finden sich [hier](#).

¹³ Der Bericht der Hochkommissarin zu systematischem Rassismus findet sich [hier](#) und die Resolution [hier](#).

¹⁴ Diese umfassen sog. Sonderberichterstatte, unabhängige Experten und Arbeitsgruppen. Mehr [hier](#).

¹⁵ Auf der Februartagung kam nur ein JST zustande. Es ist [hier](#) einzusehen.

ebenfalls unabhängige Untersuchungen¹⁶. Ein besonders auffälliger Vorgang: die Ukraine, zu Beginn Mitunterzeichnerin des kanadischen Statements, zog ihre Unterschrift wohl im Kontext von Impfstofflieferungen und entsprechendem politischen Druck Chinas zurück. Die Ukraine zählt sonst bei Abstimmungen zu den engsten Verbündeten des Westens. Die USA unterstrichen im Gegensatz dazu im Namen von 63 weiteren Staaten die besondere Rolle von Demokratien bei Schutz und Förderung aller Menschenrechte¹⁷. Angesichts der Anerkennung eigener Menschenrechtsverletzungen seitens der USA oder auch Kanadas, verlieren die entsprechenden Anschuldigungen durch China und Russland an Wirkung.

Neuer Jahresbericht des UNHCR und hohe Erwartungen an Deutschland

Trotz weltweiter Grenzsicherungen im Jahr 2020 (mehr als 160 Länder hielten ihre Grenzen geschlossen, 99 sahen keine Ausnahmen für Schutzsuchende vor) ist die Anzahl von Menschen auf der Flucht im vergangenen Jahr laut UNHCR Jahresbericht¹⁸ auf ein neues Rekordhoch von insgesamt 82,4 Millionen Menschen gestiegen. Angesichts dessen unterstrich UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi, erneut die Priorität politischer Lösungen für langanhaltende Konflikte. Die EU und explizit auch Deutschland rief er auf, das politische Engagement, nicht zuletzt auch im Hinblick auf den Friedensprozess in Afghanistan, auszuweiten. Aufgrund der eskalierenden Gewalt drohe bald eine humanitäre Krise, so das UNHCR. Mehrere hunderttausend Binnenvertriebene wurden bereits registriert. Gleichzeitig lobte Grandi jedoch auch ausdrücklich das deutsche Engagement in der Ära Merkel und drückte seine Hoffnungen aus, dass dies in der Flüchtlings- und Friedenspolitik nach der Bundestagswahl sogar noch ausgeweitet werden könne.

¹⁶ Das JST von Kanada findet sich [hier](#), das von Belarus [hier](#) und von China zu Kanada [hier](#).

¹⁷ Das chinesische JST zum Vereinigten Königreich findet sich [hier](#), das JST der USA zu Demokratien [hier](#). Die jeweiligen Unterstützer sind aus der [Karte des Monats Juli](#) ersichtlich.

Neuer OCHA-Chef vor massiven Herausforderungen

Der UN-Sondergesandte für den Jemen, der Brite Martin Griffith, übernahm im Juli offiziell die Nachfolge von Mark Lowcock als Leiter des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA). Bis ein Nachfolger für den Jemen gefunden ist, wird er beide Posten begleiten. Als drittgrößter humanitärer Geber und zweitwichtigster Geber für OCHA hatten die Kürzungen internationaler Hilfsgelder durch die britische Regierung von 0,7% auf 0,5% des Bruttonationaleinkommens, ca. 4,67 Milliarden Euro, Diskussionen über den historisch begründeten Anspruch des Vereinten Königreichs auf den Posten neu entfacht. Für Syrien muss mit Kürzungen bis zu 50% und für den Jemen mit bis zu 60% gerechnet werden. Die Kürzungen wurden sowohl von Lowcock als auch Griffith scharf kritisiert. Griffith ist in der humanitären Community hoch angesehen und gilt als krisenerprobt. Angesichts des "Hurrikans an humanitären Krisen" weltweit, wie die stellvertretende UN-Generalsekretärin Amina Mohammed zuletzt vor dem Sicherheitsrat warnte, eine unabdingbare Qualifikation.

Auswirkungen des Genfer Gipfels

Als ersten Stresstest für den Dialog zwischen den USA und Russland im Nachgang des Biden-Putin Treffens am 16. Juni in Genf wurde v.a. die Verlängerung der grenzüberschreitenden UN-Hilfslieferungen für ca. 3,4 Millionen Menschen in der Region Idlib über den syrisch-türkischen Grenzübergang Bab al-Hawa gewertet. Mit der Sicherheitsratsratsresolution 2585¹⁹ vom 9. Juli ist dieser vorerst bestanden. US-Diplomaten hatten das Thema im Vorfeld als entscheidende Prüfung für die bilateralen Beziehungen beider Länder angesehen. Erreicht wurde jedoch nur ein absoluter Minimalkonsens. Er kombiniert die Aufrechterhaltung grenzüberschreitender Hilfslieferungen mit dem Ausbau frontüberschreitender Hilfe. Das Mandat

¹⁸ Der gesamte Jahresbericht des UNHCR findet sich [hier](#), eine kurze Zusammenfassung [hier](#).

¹⁹ Die Resolution S/RES/2585 (2021) zur Verlängerung der Hilfslieferungen nach Syrien findet sich [hier](#).

soll zunächst für sechs Monate gelten und abhängig von einem Bericht des UN-Generalsekretärs um sechs weitere Monate verlängert werden können. Damit wurden u.a. die Bedenken der russischen Seite adressiert. Die US-Seite hatte zahlreiche Zugeständnisse gemacht.

Ein weiteres Ergebnis des Genfer Gipfels war die Entscheidung über die Wiederaufnahme eines Dialogs über strategische Stabilität, um Vorhersehbarkeit zu stärken, das Risiko eines Atomkriegs zu verringern und die Grundlagen für zukünftige Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Risikoverminderung zu schaffen. Erste Gespräche sollen am 28. Juli in Genf beginnen und alle Waffentypen einbeziehen, d.h. nukleare und nichtnukleare, offensive und defensive Systeme.

Gespräche über Wahlen in Libyen vorerst gescheitert

Trotz Verlängerung der Gespräche von vier auf fünf Tage konnte sich das Libysche Politische Dialogforum (LPDF), welches unter UN-Schirmherrschaft vom 28. Juni bis 2. Juli erneut in Genf zusammenkam, nicht auf die verfassungsrechtliche Grundlage für die am 24. Dezember geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen einigen. Beobachter berichteten von hitzigen Debatten. Nach dem Waffenstillstand und der Bildung einer Einheitsregierung im März dieses Jahres werden die Wahlen als wichtiger Schritt in den internationalen Bemühungen gewertet, um das Bürgerkriegsland zu stabilisieren. Den Gesprächen in Genf war eine Libyenkonferenz in Berlin Ende Juni vorausgegangen.

109. Internationale Arbeitskonferenz

Vom 7. bis zum 19. Juni fand die 109. Internationale Arbeitskonferenz (IAK) in Genf statt. Die erstmals in ihrer Geschichte virtuelle IAK brachte Regierungsvertreter, Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus den Mitgliedsstaaten der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) zusammen. Schwerpunkt der Tagung: Auswirkungen von COVID-19 auf die Arbeitswelt. Insgesamt wurden 14 Resolutionen, u.a.

zum Einfluss von COVID-19 auf die Arbeitswelt, die Lage in Myanmar sowie zu Verbesserungen der Sozialschutzsysteme angenommen²⁰. Die Delegierten verabschiedeten zudem einstimmig einen globalen Aufruf zum Handeln²¹, um langfristige Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft zu vermeiden. Die Vereinbarung umfasst u.a.: Maßnahmen zur Unterstützung eines Aufschwungs, der den Arbeitnehmer- und Sozialschutz erheblich stärkt und nachhaltige Unternehmen unterstützt. Beachtenswert war das Inkrafttreten des ersten internationalen Vertrags gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt am 25. Juni — zwei Jahre nach seiner Verabschiedung. Länder sind ein Jahr nach der Ratifizierung rechtlich an die Bestimmungen des Übereinkommens gebunden²².

Der im Rahmen der IAK am 17. und 18. Juni stattfindende Gipfel zur "Welt der Arbeit" konzentrierte sich auf die verheerenden Auswirkungen von COVID-19. Führende Staatsoberhäupter aus aller Welt und Vertreter von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie der UN, darunter Papst Franziskus und US-Präsident Biden, betonten in ihren Statements die Wichtigkeit Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit in einer sich rasch verändernden Arbeitswelt zu fördern.

Die Delegierten nahmen zudem eine Dringlichkeitsresolution zu Myanmar²³ an, welche die Wiederherstellung der Demokratie, einer zivilen Regierung, die Beendigung willkürlicher Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen sowie die Wiederherstellung grundlegender Rechte fordert. Der zweite Teil der Konferenz soll vom 25. November bis 11. Dezember stattfinden.

ITU – Zweikampf um die Führung

Das wichtigste Führungsgremium der Internationalen Fernmeldeunion (ITU), der ITU-Rat, hielt vom 8. bis 18. Juni seine jährliche Sitzung ab. Diskutiert wurden eine Reihe operativer Themen, die aufgrund der Pandemie zurückgestellt wurden, wie z.B. die Organisation der kommenden World Telecommunication Standardization Assembly (WTSA) oder der World Telecommunications Development Conference (WTDC). Am Rande wird der

außerdem die erste internationale Definition von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung.

²³ ILC.109/Resolution II zu Myanmar findet sich [hier](#).

²⁰ Eine Übersicht hierzu findet sich [hier](#).

²¹ Der Aufruf ist [hier](#) zu finden.

²² Das Übereinkommen erkennt das Recht auf eine Arbeitswelt frei von Gewalt und Belästigung an. Es liefert

Wettbewerb zwischen den USA und Russland um den Posten des 2022 zu wählenden ITU-Generalsekretärs immer deutlicher. Die US-Kandidatin Doreen Bogdan Martin ist derzeit Direktorin des Entwicklungssektors der ITU. Im Juni präsentierte Russland das Programm seines offiziellen Kandidaten Rashid Ismailov. Der ehemalige stellvertretende Minister des russischen Ministeriums für Telekommunikation und Massenkommunikation und früherer Telekommunikationsmanager bei Huawei sieht die ITU als zentralen Ort für die Regulierung der digitalen Wirtschaft. Er schlägt u.a. vor, dass sich die ITU auf die Arbeit an Standards und Regeln "im Bereich der Informationssicherheit bei der Nutzung von Telekommunikation/ICTs" konzentrieren sollte, was eine klassische Forderung Russlands ist. Künstliche Intelligenz, sowohl unter technischen als auch unter ethischen Aspekten, wird vom russischen Kandidaten als weiteres Aufgabenfeld identifiziert. Diese Ideen, auch wenn sie sehr diplomatisch vortragen werden, sind klare rote Linien für die EU und andere gleichgesinnte Länder, die sich immer dafür eingesetzt haben, dass sich die ITU auf ihr Kernmandat im Bereich der Telekommunikation konzentriert. Für Europa liegt der Wert der Agentur darin, die globale Koordination des Funkspektrums sicherzustellen und der globalen digitalen Kluft entgegenzuwirken.

Verhandlungen zu UNCTAD15 schreiten langsam voran

Die 15. vierjährige UNCTAD²⁴-Konferenz (UNCTAD15) wird vom 3. bis 8. Oktober 2021 online stattfinden. Die Veranstaltung soll den Nexus von Handel und Entwicklung erörtern und Leitlinien für ihre Arbeit in den nächsten vier Jahren aufzeigen. Das dann zu verabschiedende Abschlussdokument wird derzeit in Genf verhandelt. Die Gespräche kommen nur langsam voran und es ist zu erwarten, dass diese erst kurz vor der Konferenz abgeschlossen werden.

Es wird erwartet, dass die Gruppe der G77 und China eine Ausweitung der auf der letzten Konferenz vereinbarten Leitlinien befürwortet und The-

men hinzufügt, die seitdem an Bedeutung gewonnen haben (z.B. Schulden, Klimawandel, internationale Besteuerung). Die EU wird wahrscheinlich auf organisatorischen Fragen bestehen, wie z.B. einer besseren Priorisierung der Arbeit, der Einführung eines ergebnisorientierten Managements und einer klaren Abgrenzung der Mandate anderer internationaler Organisationen.

Die Vorbereitungen für die Konferenz finden im Kontext eines Führungswechsels statt, Rebeca Grynspan aus Costa Rica wurde am 11. Juni als neue Generalsekretärin bestätigt.

Für die EU als wichtigstem Geber von Entwicklungshilfe ist die UNCTAD ein wichtiges Forum für die Kommunikation mit Entwicklungsländern und ein Radar um die "politische Stimmung" auszuloten. In den letzten Jahren haben sich Länder wie die USA, Japan oder Kanada weniger engagiert. Das macht die EU zum zentralen Gegengewicht zu einigen extremen Stimmen, die die Organisation als Konkurrenz zu anderen Organisationen, insbesondere zur WTO, positionieren wollen.

Kommentar und Ausblick

Der u.a. durch die Rückkehr der USA in multilaterale Organisationen und die Einigung auf eine neue Generaldirektorin der WTO im Frühling nach langer Zeit wieder erweckte Optimismus ist zwar nicht komplett verflogen, aber weitgehend nüchternem Realismus gewichen. Die zähen Fischerei-verhandlungen und die sehr emotional geführten, aber ergebnislosen Debatten über die beste Strategie zur Förderung der Impfstoffversorgung zeigen, dass die Interessenlagen wichtiger Staaten (gruppen) in Schlüsseldossiers weit auseinanderliegen.

Die Sitzung des Menschenrechtsrats macht deutlich, dass autoritäre Staaten ihre Bemühungen, globale Menschenrechtsstandards und ihre Umsetzung abzuschwächen, eher noch intensivieren. Und auch der Kampf um die Leitung der ITU und ihre künftige Ausrichtung im kommenden Jahr verspricht hitzig zu werden.

²⁴ UNCTAD steht für Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

Die Rückkehr der USA und ihres Führungsanspruchs in verschiedenen Organisationen ist aus westlicher Sicht ein sehr großer Gewinn, doch zeigt sich hier und da auch Reibungspotential. Das gilt unter anderem für die Reform der globalen Gesundheitszusammenarbeit: Deutschland und die EU streben einen möglichst ehrgeizigen Pandemievertrag an, die USA stehen der Idee weiterhin kühl gegenüber. Hier und da wird auch die zentrale Rolle Deutschlands in der WHO, die auch beim Besuch von Gesundheitsminister Spahn wieder deutlich wurde, mit Misstrauen betrachtet. Wiederum fühlen sich Deutschland und die EU durch die öffentliche Unterstützung Washingtons für den TRIPS-Waiver auf dem falschen Fuß erwischt.

Bemerkenswert (und aus deutscher und europäischer Sicht frustrierend) ist in diesem Kontext die Virulenz, mit der die EU und Deutschland bei der Frage des Waivers von Teilen der Genfer Globale-Gesundheits-Szene an den Pranger gestellt werden. Bei vielen dieser Akteure scheinen die monatelangen Exportbeschränkungen anderer Länder (v.a. der USA), der entscheidende Einsatz Deutschlands und der EU für den ACT-Accelerator und COVAX, die Beiträge für eine politische und finanzielle Stärkung der WHO sowie für einen ehrgeizigen Pandemievertrag in Vergessenheit zu geraten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

Dr. Olaf Wientzek

Leiter Multilateraler Dialog Genf

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)